Nr. 267 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 131

Abend-Ausgabe

1 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150.— M., monatl. 50.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 84.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 8. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Abwehrbereitschaft in München.

Die Münchener Parteigenossen für den Reichspräsidenten.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Münchens hat gestern eine Entschließung gefaßt, die die tiefe Empörung über das an dem Genossen Scheidemann verübte Attentat ausspricht.

An die Parteigenossen Münchens richtet der Parteiausschuß die Bitte, in den nächsten Tagen auch in München überall auf der Wacht zu sein. Zwar hätten Regierung und Polizei erklärt, für den Schutz des Reichspräsidenten eine Garantie übernehmen zu können. Das könnte aber die Parteigenossen nicht hindern, auch ihrerseits für unseren Führer und Genossen Ebert besorgt zu sein. Die Parteileitung habe ihre vorläufigen Maßnahmen getroffen. Um aber im Bedarfsfalle etwa geplanten verbrecherischen Bubenstreichen sofort mit der nötigen Energie und Durchschlagskraft entgegentreten zu können, sei am Montagabend erhöhte Abwehrbereitschaft nötig.

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Deshalb die Reihen geschlossen und nur nach den Anweisungen der Parteileitung gehandelt, die ihre Maßnahmen trifft zum Schutze der Republik und ihrer Repräsentanten!"

•

Der Republikanische Reichsbund Bayern hat gegen die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei", welche neuerdings zur Vernichtung der Reichsflagge und zur Störung des Reichspräsidentenbesuchs auffordert, Strafantrag an die Staatsanwaltschaft wegen Bedrohung eines Beamten zur Verhinderung seiner Amtstätigkeit gestellt.

Da wird der bayerische Staatsanwalt ja einige Kopfschmerzen haben, bevor er seine Antwort auf diesen Strafantrag formuliert.

•

Der Reichspräsident dürfte Montag, den 12. Juni, von Freudenstadt kommend, in München eintreffen, wo er zwei Tage bleiben und die Gewerbeschau besichtigen will.

Bekenntnis zur Republik.

In Regensburg, dem Sitz des Bauerndoktors Heim und seines „Heimat- und Königsbundes", tagte am Sonntag der Bezirkstag der Sozialdemokraten aus der Oberpfalz und aus Niederbayern unter außerordentlich starker Beteiligung. Gegen die reaktionären Treibereien in Bayern richtete sich dieser einmütige Beschluß des Bezirkstages:

Der Bezirksparteitag für Oberpfalz und Niederbayern gibt das Bekenntnis ab, daß Deutschland nur bestehen und gegen die Vernichtungspolitik der früheren Feinde gesichert werden kann, wenn das Volk fest und treu zur republikanischen Staatsform und zur Weimarer Verfassung hält. Jeden Angriff auf die demokratische Staatsform verurteilt der Bezirksparteitag mit aller Entschiedenheit. Er verkennt nicht die Gefahr der reaktionären Aktionen, wie sie sich in letzter Zeit besonders in Bayern bemerkbar machen. Es sei hier nur auf den politischen Mißbrauch durchaus begreiflicher kameradschaftlicher Zusammenkünfte, auf die Gründung des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, auf die Provokationen der Nationalsozialisten in München, namentlich aber auch auf die Ausführungen des auf die Republik vereidigten aktiven Staatsbeamten Kahr bei den Studenten und Beamten der Bayerischen Volkspartei und ähnlichen „Kundgebungen" hingewiesen. Tritt auch die Bedrohung und die Beschimpfung der Republik in Bayern und ganz speziell in München hervor, so sehen wir doch deutlich den innigen Zusammenhang der gegenrevolutionären Strebungen im Norden und Süden des Reiches, in Bayern, in Hamburg wie in Ostpreußen. Deshalb bekennt sich der Bezirksparteitag zum solidarischen Zusammenwirken aller Sozialdemokraten im ganzen Reiche für die Verteidigung der Republik und die entschiedene Bekämpfung aller Versuche, die Monarchie in Deutschland, besonders aber in der sogenannten „Keimzelle" Bayern wieder herzustellen.

Die Partei im Bezirk blickt auf eine erfolgreiche Arbeit zurück. Wie lebenskräftig die Bewegung in der Heim-Gegend ist, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß der Parteitag einmütig eine vom Bezirksvorstand vorgeschlagene Erhöhung des Wochenbeitrages auf 1,20 M. für Männer und 60 Pf. für Frauen abgelehnt, dafür aber eine solche auf 1,50 M. resp. 70 Pf. beschloß. Die Parteigenossen legten sich also freiwillig eine höhere Leistung auf, als ihre Leitung für nötig erachtet hatte.

Pittinger entflohen.

München, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Dr. Pittinger, der Organisator der bayerischen Separatistenbewegung, hat sich, wie die „Münchener Post" erfährt, seiner Aburteilung durch das Reichsgericht durch die Flucht entzogen.

Zentrumskundgebung zum Attentat.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei folgendes Schreiben gerichtet:

Anläßlich des ruchlosen Attentats auf Herrn Scheidemann übermittle ich, zugleich namens der Zentrumsfraktion des Reichstages, der sozialdemokratischen Fraktion ergebenst den Ausdruck herzlicher Anteilnahme und verbinde damit den Ausdruck der Freude, daß das abscheuliche Unternehmen glücklicherweise nicht zur Vollendung gekommen ist.

In vollkommener Hochachtung ganz ergebenst
Marx, M. d. R., Vorsitzender der Zentrumsfraktion.

Der Erzberger-Prozeß.

Offenbach, 8. Juni. (WTB.)

Der zweite Sitzungstag beginnt mit der ausführlichen gutachtlichen Aeußerung des Gerichtschemikers Dr. Popp aus Frankfurt am Main, der vor allem das am Tatort aufgefundene Blut untersucht hat und in seinen Ausführungen sich wesentlich an das anschließt, was am ersten Verhandlungstage der Bezirksarzt von Oberkirch festgestellt hat.

Dann beginnt die Vernehmung einer ganzen Gruppe von Zeugen, die am 26. August im Gebiete des Kniebis sich aufgehalten hat. Einer dieser Zeugen erzählt, daß er am 26. August morgens mit einem leeren Wagen über den Kniebis gekommen sei und auf der Straße etwa gegen ½11 Uhr zwei gutgekleideten Herren begegnete, von denen einer eine Landkarte trug. Er hat auch zwei ältere Herren getroffen, von denen er später einen als den Abg. Diez kennenlernte. Auf dem ganzen Wege von der Alexanderschanze bis Griesbach ist er niemandem begegnet außer diesen beiden Paaren von Herren.

•

Ein anderer Zeuge, der als Straßenwart auf der Kniebisstraße arbeitete und genau einen Kilometer vom Tatort sich aufhielt, sah zwei junge Leute die Straße heraufkommen. Da, wo er arbeitete, macht die Straße eine scharfe Kurve. Die beiden Leute riefen den Straßenwart von unten an und fragten, wohin die Straße führe. Auf die Antwort, daß es die Kniebisstraße sei, fragten sie, wie weit es bis dorthin wäre. Sie bekamen zur Antwort, daß es noch eine Stunde Weges sei. Darauf kehrten sie wieder um und gingen die Straße hinunter.

Dieser Vorgang spielte sich gegen 11 Uhr ab. Der Straßenwart hörte nach einer Viertelstunde kurz hintereinander zahlreiche Schüsse fallen. Etwa acht Schüsse glaubt er bestimmt gehört zu haben, denen gleich darauf zwei weitere folgten. Auf der Straße hat er außer den beiden jungen Leuten nur den Wagen gesehen und dessen Kutscher gesprochen.

Killinger in Friedenau.

Der wackere Herr v. Killinger, der nach aktiver Beteiligung am Kapp-Putsch statt ins Gefängnis wieder in die Marine der Republik gekommen war, ist — wie ein Friedenauer Lokalblatt berichtet — den Friedenauern ein guter Bekannter. Er ist derjenige, der am schwarzen Montag der Kapp-Putsch-Woche, an der Spitze des Detachements „Ehrhard" stehend, in Friedenau in der Schöneberger Straße auf die versammelte Menge schießen ließ, wobei es bekanntlich mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Aber damit hat er nichts riskiert, denn da selbst Führer des Kapp-Putsches bekanntlich keine Führer und darum straffrei sind, kann doch der berechtigte Waffengebrauch eines Putschhäuptlings gegen wehrlose Bürger der Republik nicht Gegenstand eines Strafverfahrens sein.

Offiziersprozeß im besetzten Gebiet.

Mainz, 8. Juni. (WTB.) Vor dem Kriegsgericht der Rheinarmee hatten sich hier ehemalige aktive deutsche Offiziere zu verantworten, weil sie als Mitglieder der Ortsgruppe Wiesbaden des Deutschen Offizierbundes entgegen einer Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission im besetzten deutschen Rheingebiet einer Organisation angehört haben sollen, die direkt oder indirekt mit dem deutschen Kriegsministerium oder anderen militärischen Dienststellen in Verbindung stehe. Das Gericht verurteilte nach fünfstündiger Verhandlung den Major Georg Jürgen als verantwortlichen Leiter zu drei Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, den Oberleutnant Heinrich Graf in contumaciam zu vier Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, ferner in contumaciam den Hauptmann Heinrich Otto und den Oberleutnant Heinrich Aumann zu je einem Monat Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe, sowie die übrigen Angeklagten zu je 3000 M. Geldstrafe.

Anleiheaussichten und Börse.

In Uebereinstimmung mit den neuesten New Yorker Meldungen beurteilt die Berliner Börse die Anleiheaussichten etwas günstiger. Infolgedessen trat am heutigen Devisenmarkte stärkeres Angebot hervor, das um so nachdrücklicher auf die Kurse wirkte, als Handel und Industrie vorläufig ihren Devisenkauf auf das Allernotwendigste beschränken. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 274 bis 275 gehandelt. Am Effektenmarkt beobachtet natürlich die Spekulation angesichts dieses Rückschlages weitgehende Zurückhaltung.

Die Krise der USP.

Man beginnt zu sprechen . . .!

Die Presse der USP. bricht endlich notgedrungen das rätselvolle Schweigen, in das sie sich bisher über Kautskys hier mehrfach besprochenen Artikel gehüllt hat. Die „Freiheit" veröffentlicht heute an ihrer Spitze einen Artikel Kautskys „Nochmals die Einigungsfrage" mit einer Erwiderung der Redaktion. Und in der Beilage derselben Nummer bringt sie einen Aufsatz „Kautsky und die Einigungsfrage" von Professor Dr. C. Ballod, den sie als theoretischen Sukkurs herangezogen hat. Zugleich beginnt die „Leipziger Volkszeitung" mit einer ausführlichen Inhaltsangabe von Kautskys Artikel.

Kautsky spottet in seiner Zuschrift über die bisherige Haltung der „Freiheit", die seinen Ausführungen nichts anderes entgegensetzen könne als ein großes Fragezeichen:

Sie kann sich absolut nicht vorstellen, wie Anhänger und Gegner der Koalitionspolitik in einer Partei zusammen wirken können. Sie bedauert, daß ich darüber „leider kein Wort sage", und fordert dann komischerweise nicht mich, sondern den „Vorwärts" auf, zu sagen, was ich hätte sagen sollen.

Die Lösung der Einigungsfrage sieht Kautsky in der alten Parteipraxis: Freiheit in der Diskussion und Einheit in der Aktion. Er verweist noch einmal auf das österreichische Beispiel, wo die Partei einig in die Koalition und einig aus ihr wieder hinausgegangen sei. Ueber die Koalitionsfrage werde es stets verschiedene Meinungen geben, doch müßten sie in einer einheitlichen Partei vertreten werden. Dann wendet sich Kautsky mit großer Schärfe gegen die bisherige ganz haltlose Politik der USP.:

Eines wird allerdings durch die Einigung unmöglich gemacht: die Politik der Zwiespältigkeit. Jene Politik, die gleichzeitig die Rätediktatur anstrebt und die demokratische Republik verficht, die das Koalitionsministerium in der Volksversammlung als den Feind bezeichnet, der zu vernichten ist, und es im Reichstag vor dem drohenden Sturze rettet.

Diese Politik, die von Inkonsequenz zu Inkonsequenz stolpert, kennzeichnet schon seit geraumer Zeit unsere Parteitätigkeit. Den Boden, dem sie entsprießt, bezeichnet man in den leitenden Parteikreisen als den „Mutterboden des proletarischen Klassenkampfes".

Noch auf dem letzten Leipziger Parteitag erklärte Dittmann, die Mehrheitssozialisten hätten diesen Boden verlassen, auf dem allein sich die proletarische Einigung vollziehen dürfe. Die „Freiheit" hält mir diesen Passus entgegen und meint, ihm sieghafte Wucht dadurch zu verleihen, daß sie ihn fett druckt.

Der Satz hat allerdings tiefen Eindruck auf mich gemacht, aber in anderer Weise, als die „Freiheit" meint. Er besagt nämlich deutlich, **daß die leitenden Kreise der USP. jede andere Art der proletarischen Einigung ablehnen als die, daß die Gesamtheit des kämpfenden Proletariats die von ihnen akzeptierte Politik des Klassenkampfes als die einzig richtige anerkennt. Das heißt aber, daß sie praktisch die Einigung unmöglich machen.**

Was auf dem Leipziger Parteitag festgelegt wurde, das war die Beschränktheit der Sektenpartei, die in schroffstem Widerspruch steht zur Organisation des Proletariats als Klassenpartei, die bereits das kommunistische Manifest forderte. **Dieser Geist der Sektiererei, der die USP. derzeit beherrscht, er ist es, der die Einigung und damit die Kräftigung des Proletariats hindert und seinen Vormarsch hemmt. Es gibt keinen schlimmeren Feind des proletarischen Klassenkampfes, als jenes selbstgerechte Sektierertum.** Ich werde nicht müde werden, es zu brandmarken und die Parteigenossen dagegen aufzurufen.

Zum Schluß erinnert Kautsky daran, daß er mit seiner Bekämpfung des Bolschewismus ursprünglich in der USP. allein gestanden habe, während jetzt „selbst die unabhängigsten Spatzen" das, was er damals sagte, von den Dächern pfiffen. Und er ist Optimist genug, in der Einigungsfrage eine ähnliche Entwicklung zu erwarten.

Dieser Optimismus wird durch die Haltung der „Freiheit" zunächst nicht gerechtfertigt. Gegen die Vorwürfe Kautskys über die bisher betriebene Politik der Zwiespältigkeit erhebt sie in ihrer Verlegenheit keine Einwände. Das schluckt sie alles als unvermeidlich und unwiderleglich herunter und erklärt in kläglichem Ton, sie sei ja auch für die Einigung, nur wisse sie nicht, wie man das machen soll:

Wer die USP. einigungsreif machen will, rennt offene Türen ein. Niemand in ihr sträubt sich gegen die Einigung. Kautsky redet, als läge die Einigung schon hinter uns, als wäre bereits eine einige Partei da. Das Problem ist ja aber, wie die Einigung zustandekommen soll, solange die eine Partei in der Regierung sitzt und gemeinsam mit kapitalistischen Parteien Politik treibt und die andere Partei in Opposition steht und dieselbe Regierung bekämpft. (Ueber die Art der Regierungsbekämpfung siehe oben Kautsky. Red. d. „V.".) Darüber aber schweigt Kautsky beharrlich. Er wagt nicht zu sagen, die USP. müsse mit in die Regierungskoalition eintreten, um so eine einheitliche politische Basis für beide Parteien herzustellen, beide zu Regierungsparteien zu machen. Er wagt aber auch nicht, von der SPD. den Austritt aus der Koalition zu fordern, um auf diese Weise den einheitlichen Kampfboden herzustellen, beide Parteien in der Opposition zusammenzuführen.

Die gemeinsame Plattform ist die Vorbedingung für die praktische Einigung in Deutschland, und alle Hinweise auf ausländische Parteien und frühere Einigungen in Deutschland treffen neben das Ziel. Die fraglichen ausländischen Parteien sind noch ein einheitlicher Parteikörper, und bei früheren Einigungen in Deutschland standen beide Teile in der Opposition, also auf gemeinsamem Boden. Kautsky sage also klipp und klar, was werden soll, wenn morgen die Einigung da ist. Soll dann die ganze Partei Koalitionspolitik treiben, also SPD. sein oder soll sie geschlossen in Opposition treten, also USPD. sein? **Die eine Partei muß doch zunächst auf den Boden der anderen treten.**

Es ist nicht an uns, eine Frage zu beantworten, die persönlich an Kautsky gestellt ist. Nach der Art aber, wie Kautsky den doppelten Boden der USP.-Politik schildert, können wir nicht annehmen, daß er uns zumutet, auf diesen Boden zu treten und den Marsch in die Sackgasse mitfortzusetzen, in die sich die USP. ausweglos verrannt hat. Daraus würde sich dann nach unserer Meinung der unwiderlegliche Schluß ergeben, daß sich die Bewegung, die zur Einigung führt, nach der entgegengesetzten Richtung vollziehen muß.

Es wäre also mit der gegebenen Tatsache zu rechnen, daß in Deutschland eine Koalitionsregierung vorhanden ist, für deren Erhaltung die Sozialdemokratie offen, die USP. etwas weniger offen eintritt. Nach vollzogener Einigung wäre die Diskussion darüber zu eröffnen, welche Linie der Politik weiter verfolgt werden soll. Das Rätsel, über das sich die „Freiheit" so verzweifelt den Kopf zerbricht, wäre auf diese Weise verhältnismäßig leicht zu lösen.

Von einer anderen Seite her versucht Ballod Kautsky beizukommen. Er erinnert an die Sozialisierungskommission, die seit den „bürgerlichen" Reichstagswahlen von 1920 den Keim des Todes in sich getragen habe. Soviel wir uns erinnern, hat sich aber gerade die USP. vor Freude über diese „bürgerlichen" Reichstagswahlen förmlich überschlagen, weil sie Mandate gewonnen, die verhaßte SPD. aber gehörig eins abbekommen hatte. Seit diesem „Sieg" der USP. trägt also die Sozialisierungskommission den Keim des Todes in sich. Ballod sagt und fragt dann weiter:

Für alle konsequent denkenden Sozialisten bildete die Gründung der Sozialisierungskommission den Wendepunkt der Weltanschauung, den Wendepunkt vom falsch, als Fatalismus verstandenen Marxismus zu der Erforschung der eigentlichen Sozialisierungsprobleme. . . . Die bloße theoretische Forschung genügt aber nicht: es muß das **Experiment** hinzukommen. . . . Ist die Mehrheitssozialdemokratie bereit, dazu die Hand zu bieten? Es gibt sozialistische Mehrheiten in drei deutschen Bundesstaaten. Also können **Experimente selbst großen Stils** auch ohne die bürgerliche Reichstagsmehrheit durchgeführt werden. Und auch ein Teil der bürgerlichen Parteien, der demokratische Teil des Zentrums, würde mit sich reden lassen. Dies also ist die entscheidende Frage: nicht „erst Einigung, dann Programm", sondern „erst Programm, dann Einigung".

Daß gerade der Sieg der USP. im Jahre 1920 den Sozialisierungsbestrebungen im Reich das Rückgrat gebrochen hat, ist schon gesagt. In den Einzelstaaten finden alle gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen, die Hand und Fuß haben und den Massen des arbeitenden Volkes nützen, unsere Unterstützung. Indes, wäre Ballod nicht ein weltfremder Professor, sondern ein kämpfender Politiker, so hätte er das verhängnisvolle Wort „Experimente" vermieden. Die Volkswirtschaft ist kein Frosch, der unbedenklich den Gelehrten überlassen werden kann, damit sie mit ihm ihre „Experimente" machen. Und es ist nicht falsch, sondern richtig verstandener Marxismus, der praktisch nur im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten arbeitet, und es vermeidet, durch „Experimente großen Stils" auch noch das letzte bißchen Lebensglück, das den Arbeitern geblieben ist, aufs Spiel zu setzen. Planmäßige sozialistische Aufbauarbeit hat nichts zu tun mit solcher professoraler Experimentiererei.

Wir können also auch in diesem Punkt kein unübersteigbares Hindernis der Einigung erblicken, zumal die meisten Mitglieder der USP. Arbeiter sind, die eine tatsächliche Besserung ihrer Lebensverhältnisse erstreben, und keine Reiter theoretischer Steckenpferde.

Aufforderung zum Ungehorsam.

Die Agrarier wollen die Gesetze sabotieren.

Wir berichteten schon mehrfach über Beschlüsse von Landbundorganisationen, in denen ausgedrückt wurde, daß man sich einem neuen Umlageverfahren „mit allen Mitteln" widersetzen und es durch aktiven und passiven Widerstand unmöglich machen würde. Einer der Landbundführer hat auch jüngst öffentlich verkündet, die wirksamste Waffe der Agrarier wäre nach seiner Ansicht nicht der Lieferungsstreik, sondern der Boykott gegen die Gesetze. Dieser scheint nunmehr in die Tat umgesetzt werden zu sollen, denn die „Freiheit" ist imstande, folgendes Dokument zu veröffentlichen:

Richtlinien gegen eine neue Umlage.

Sämtliche Vertrauensleute der Ortsgruppen der organisierten Landwirtschaft verpflichten sich, für den Fall, daß der neue Entwurf über die Getreideumlage Gesetz werden sollte, sich mit ihrer ganzen Person für die Durchführung folgender Maßnahmen innerhalb ihres Einflußbereichs einzusetzen:

1. Es sind keinerlei Angaben über Anbauflächen zu machen.

2. Kein organisierter Landwirt wirkt bei irgendwelchen Ernteeinschätzungen mit.

3. Alle einer Organisation angeschlossenen Landwirte, die gegen Punkt 1 und 2 verstoßen, sind **aus der Organisation auszuschließen und scharf zu boykottieren.**

4. Ohne Zustimmung der Organisation darf kein Mitglied **auch nur ein Pfund Getreide oder Kartoffeln abliefern.**

5. Die organisierten Landwirte verpflichten sich, falls gesetzliche Maßnahmen zur zwangsweisen Ablieferung getroffen werden, ihr Getreide **nur nach den Weisungen ihrer Organisation auszudreschen** und in den Handel zu bringen, und zwar durch die Genossenschaften und solche Mühlen und Händler, die den Weisungen der Organisation nachkommen, damit auf diese Weise die landwirtschaftliche Organisation die Belieferung der Bevölkerung von sich aus rechtzeitig und ordnungsmäßig durchführen kann.

6. Der Tätigkeit von Druschkommandos ist durch vorherige Entfernung wichtiger Bestandteile aus den Dreschsätzen entgegenzuwirken. Alle vom Zwangsausdrusch nicht betroffenen Betriebe verpflichten sich, für diesen Fall die in Mitleidenschaft gezogenen organisierten Berufsgenossen mit dem notwendigen Getreide zu versehen.

7. In allen übrigen Fällen muß bei einmütigem Zusammenstehen aller organisierten Betriebsinhaber **durch passive Haltung das Versagen der im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen zur Erzwingung der Ablieferungspflicht herbeigeführt** werden; dies gilt insbesondere für die Ersatzstrafen, die **nicht abgeführt werden dürfen.**

8. Die nicht organisierten Landwirte sind durch **moralische und wirtschaftliche Druckmittel** zu veranlassen, sich den Maßnahmen der Organisation anzuschließen.

9. Sämtliche organisierten Landwirte verpflichten sich, bei Durchführung von staatlichen Maßnahmen gegen Einzelmitglieder für den dem einzelnen daraus erwachsenden Schaden **solidarisch zu haften.**

10. Für den Fall, daß die Regierung die Umlage fallen läßt, verpflichten sich die organisierten Landwirte nach den Weisungen ihrer Organisation ihr Getreide derart laufend dem Handel zuzuführen, daß die Versorgung der Bevölkerung von der neuen Ernte ab dauernd gesichert ist.

11. Für die Durchführung aller Maßnahmen gegen die Umlage wird für jede Ortsgruppe ein Ausschuß gebildet, ebenso ein besonderer Ausschuß für jeden Bezirk. Den Weisungen dieser Ausschüsse haben alle organisierten Landwirte unbedingt Folge zu leisten.

Wir haben es hier also mit einem organisierten Vorgehen gegen das Gesetz zu tun, einem Vorgehen von Leuten, die behaupten, daß ihnen Ordnung und Gesetzlichkeit über alles ginge, die jeden Tag beteuern, daß die „daniederliegende Autorität des Staates wieder aufgerichtet werden müsse". Gründlicher kann sich die Heuchelei wohl nicht entlarven.

Diese Gesetzessabotage wird doppelt und dreifach verwerflich durch ihren sachlichen Zweck, denn das zu sabotierende Gesetz bezweckt bekanntlich die Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Getreide zu erschwinglichen Preisen. Einstimmig hat jüngst die Konferenz aller Ernährungsminister festgestellt, daß ohne ein neues Umlageverfahren eine Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung nicht zu erzielen ist. Selbst der den landwirtschaftlichen Organisationen nahestehende bayerische Ernährungsminister hat sich unter der Wucht der Tatsachen auf diesen Standpunkt stellen müssen. Die Agrarier aber kennen nichts als ihren Profit. Dabei hat ein Redner der agrarischen Rechten im Preußischen Landtag sich jüngst das Geständnis entschlüpfen lassen: „Wir würden uns lächerlich machen, wenn wir behaupten wollten, daß es der Landwirtschaft schlecht ginge."

Die Frage ist nun, was die Regierung gegen diese offene Ankündigung der Ungesetzlichkeiten zu tun gedenkt. Es gibt doch wohl noch einen § 110 StGB., der die Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze unter Strafe stellt. Wird der preußische Justizminister Am Zehnhoff seine offenbar etwas schläfrigen Staatsanwälte anweisen, durch geeignetes Einschreiten die Autorität der Gesetze wieder herzustellen?

Heiratsverbot für Schutzpolizeibeamte.

Der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Kaupisch, gibt bekannt:

„In letzter Zeit sind dem Kommando Heiratsgesuche von Unterbeamten in großer Zahl zur Genehmigung vorgelegt worden, obwohl Heiratssperre nach wie vor besteht. Hiergegen ist zu bemerken, daß die Heiratserlaubnis nur in vereinzelten Fällen bei dringender wirtschaftlicher Notlage dem Beamten erteilt werden kann. Die von den Beamten in ihren Gesuchen angegebenen Gründe, wie Schwangerschaft der Braut, beschaffte Möbel, Einrichtung einer Wohnung, Einrichtung eines Zimmers durch die Schwiegereltern in ihrer Wohnung, können nicht ohne weiteres als stichhaltig anerkannt werden. Es muß bei derartig begründeten Gesuchen von Fall zu Fall unter Berücksichtigung des Lebens- und Dienstalters und der Führung entschieden werden. Keinesfalls sind von den einzelnen Gruppen mehr als drei Anträge im Monat dem Kommando vorzulegen."

Wie die V. S.-Korrespondenz hört, hat die Verfügung in den Kreisen der Schutzpolizeibeamten ziemlich erhebliche Beunruhigung hervorgerufen. Das Kommando begründet seinen Standpunkt damit, daß schon aus räumlichen Gründen es unmöglich sei, in den Kasernen, in denen die Mannschaften zum größten Teil untergebracht sind, in kurzer Zeit auch nur einen Bruchteil der Wohnräume zu schaffen, die notwendig wären, um für Familien Platz zu machen. Die Beamten der Schutzpolizei wollen nunmehr beim Minister Severing vorstellig werden, um wenigstens eine teilweise Aufhebung der von Oberst Kaupisch erlassenen Verfügung zu veranlassen.

Die Arbeiter stiften Frieden.

Kattowitz, 8. Juni. In dem gestrigen Bericht der Fünferkommission deutscher und polnischer Gewerkschaftsvertreter heißt es u. a.: In den Werken und Arbeitsstätten hat der Terror aufgehört. Das Eingreifen der Gewerkschaften hat einige Ruhe und geordnete Zustände gebracht. Leider ist die Fünferkommission jedoch machtlos gegen den immer noch aufloderndden Wohnungs- und Straßenterror. Aus Gleiwitz wird gemeldet, daß völlige Sicherheit herrscht. Die Unruhen, die vielleicht nachts noch hin und wieder vorkommen, werden durch energisches Durchgreifen der Polizei und Volkswehr unterbunden. In Rybnik ist alles ruhig. Aus Pleß wird nichts berichtet. In den anderen Orten Oberschlesiens wie Laurahütte und Kattowitz scheint Ruhe eingetreten zu sein. Die ausgesandten Kommissionen haben in Antonienhütte, Lipine und Heinitzgrube sowie in anderen Teilen des deutschbleibenden Oberschlesiens Frieden gestiftet. Besonders bemerkenswert ist die Arbeit der Betriebsräte in den Werken. Viele Ausschreitungen in den Werken und in den Industrieorten sind durch die Arbeiterräte verhindert worden.

Königsberg erhält ein russisches Generalkonsulat neben dem in Berlin zu errichtenden. Da Polen ein russisches Konsulat in Danzig nicht zuläßt (daher der Name Freistaat Danzig), wird das Königsberger Konsulat auch Danzig umfassen.

Die Fahrt in den Himmel.

Von Alfred Fritzsche.

Marianne und ich — wir hatten uns einen Spaß gemacht. Das war am letzten Sonntag. Da lagen wir im Wald und schauten in den Himmel. Gerade hinauf. Zu dem dunkelblauen Himmel, in dem hie und da ein Sternlein blitzte. Mitten unter ihnen stand altväterlich der runde Mond und goß ein gelbes Licht auf die Erde herab und gab den Bäumen lange, tiefschwarze Schatten. Auf einem Baum lagen wir: auf einem gefällten Baum, rücklings, Kopf an Kopf, so daß mich Mariannes Wuschelkopf sachte streifte. Und ich mußte der Marianne allerlei erzählen. Weil sie das mit ihrem Rücken hören könne; so sagte sie mir. Ich habe eine starke Stimme und sie eine feine Haut. Und der Baumstamm „brummt", wenn ich spreche. Das hört Marianne so gern. Darum muß ich ihr etwas erzählen. Allerlei . . .

Doch unvermittelt sagte Marianne, ich solle aufhören mit dem Sprechen und denken, der Baumstamm sei ein Schiff, mit dem wir in den Himmel führen. Ich war ganz still. Langsam glitt das Schiff in die Höhe. Meine Hände griffen noch durch die wellenden Gräser, dann faßten sie ins Leere. Wir lagen mit geschlossenen Augen auf dem Stamm und um uns war das Rauschen der Winde. Endlos war die Fahrt. Einmal öffnete ich die Augen und blinzelte nach unten. Die Erde drehte sich wie ein schwarzer Fleck weg. Wir fuhren über sie in Kreisen. . . . Dann sah ich nach oben: Aber eine jähe Helle, die sich wie eine schmerzende Hand über meine Augen legte, ließ mich diese sofort wieder schließen. So still war es auch um mich geworden. Nichts hörte ich. Nichts sah ich, nichts fühlte ich. Das seltsame Himmelsschiff fuhr immer höher. Da drang die Angst in mich. Ich rief. Rief laut: Marianne! — Stille. Niemand antwortete. Kein Ton — kein Laut. Ich schrie. Aus Leibeskräften. Preßte mich auf den Stamm und schrie, daß mir die Brust weh tat. Uebermenschlich schrie ich: Marianne — Vater — Mutter — Brüder — Schwestern! Alles hintereinander und ohne Zusammenhang. Und keine Antwort kam. Kraftlos fielen die Worte zurück. Taumelten wie tote Vögel durch den Raum. Der Stamm raste höher, immer toller; durchbrach die Himmelssphären und sauste in besinnungsloser Fahrt ins Ewige hinein. Ohne einen Halt — ohne ein Ufer zu finden.

Da raffte ich meine letzten Kräfte zusammen und schrie so laut ich konnte: Und wenn mich alle verlassen haben, so öffne Du, Gottvater, Deinen Himmel und laß mich ein! Ich wartete. Angsterfüllt. Sekunden — Minuten — nichts geschah. Der Stamm sauste durch die Räume, durch endlose Räume, immer höher und höher und schoß durch tausend Himmelsbogen. Da ließen meine Hände den Stamm los. Ich wollte mich herabfallen lassen. Tief — tief. Wollte vergehen, dort, woher ich gekommen war.

Ich ließ los — ein Ruck — — — — ein Lachen erscholl und ein weicher Mädchenmund drückte einen warmen Kuß auf meine Lippen. Verwirrt schlug ich die Augen auf. Sah furchtsam hinauf in den entsetzlichen Himmelsraum und sah in Mariannes Gesicht, die mich lachend einen Träumer schalt.

Lessing-Theater (Sommerspielzeit): „Fuchsjagd" von Rudolf Presber und Leo Stein. Auf den Brettern tummelt sich, wie ja nicht anders zu erwarten, die im Schwankfach herkömmliche Parasitensippe, die das Versteckspiel wechselweiser Ehebrüche als besonders standesgemäßen Sport betreibt. Der Ton ist seit dem Kriege den Zeitverhältnissen entsprechend noch etwas gröber, zynischer geworden.

Der Titel „Fuchsjagd" gibt Gelegenheit, die werten Herren im roten Jagdkostüm auf dem neu angekauften Liebes-Schlößchen eines einstigen wilhelminischen Serenissimus vorzuführen. Der Clou liegt darin, daß eine der Weiblichkeiten in ihrer äußeren Erscheinung mit dem Gepräge eines Seelenadels ausgestattet ist, der die Kurmacher in respektvoller Entfernung hält, und daß sie (unter dem Einfluß des Milieus) aus dieser Rolle bewunderter Monumentalität sich heimlich lange schon herausgesehnt. Das hätte für feinere psychologische Ironien dem Stückchen Spielraum schaffen können. Doch solcher Ehrgeiz, der auf den bequemen ausgetretenen Bahnen nicht zu befriedigen wäre, liegt den Verfassern fern. Sie wirtschaften auch hier nach ganz schablonenmäßigen Rezepten. Indes das Manko der Erfindung wurde zum großen Teile ausgeglichen durch die überraschende, wechselvoll spannende Fülle der Nüancen, die reizvolle Grazie und naturhafte starke Frische, die Else Heims in dieser Rolle entfaltete. Gleich überzeugend im Ausdruck harmonisch sicherer Geschlossenheit, wie in der Neckerei, in dem ausbrechenden Uebermut und dem selbstvergessenen Glücksgefühle einfältiger Verliebtheit, ließ sie die Banalität des übrigen vergessen. Karl Elzer gab dem betrogenen Betrüger von Gemahl, der sein Schicksal gut und gern verdient hat, die charakteristische Maske schmunzelnd selbstgefälliger Behäbigkeit. Hans Kuhnert brachte die Charge des zynisch spaßenden arg wurmstichigen ostpreußischen Onkels rund und geschickt heraus. Das Publikum nahm die Novität mit starkem Beifall auf. di.

Das Kleine Theater hat sich unter der Direktion Peter Sachse auf das allerleichteste schon hochsommerlich eingestellt. „Knock out", ein Einakter von Poldi Schmidt, führt in das Reich einer Kokotte, die es ausgerechnet auf einen Boxer abgesehen hat, der am Abend seine Weltmeisterschaft beweisen soll. Der strauchelnde Boxer, die triumphierende Kokotte, am besten ist darin ein um sein Geld besorgter Impresario, den Kurt Wolowsky mit allen Reizen der Managergattung ausstattet. Düster gibt sich ein nicht ganz unbekannter Einakter „Die letzte Nacht". Rokoko, Bastillenszene, letzte Stunde eines Frauenmörders, eine girrende Marquise. Herrmann Vallentin tobt sich in eine Mörderstimmung hinein. Die Sache nimmt im rechten Moment ein Ende, als sie anfängt geschmacklos zu werden. Zum Schluß noch das knapp bekleidete Ballett Celly de Rheidt und das Salomé-Ballett, das auch wenig an hat. Die Qualität des Tanzes mehr als mittelmäßig; mit Ausnahme einer kleinen Serenade von Moszkowski, in der Salomé selber und Dina Sänten beweisen, daß sie doch etwas können.

Der greise Geiger und der elegante Herr. Die Londoner Verbrecher sind in den letzten Monaten sehr nervös geworden, denn eine geheimnisvolle Organisation erschwert ihnen ihr Handwerk, die von der Londoner Polizei ins Leben gerufen wurde. Es ist das „geheime Korps", eine Truppe der vorzüglichsten Detektivs, die die Straßen Londons in allen möglichen Verkleidungen durchqueren und große Erfolge im Aufspüren von Verbrechern haben. Als Beispiel der Art und Weise, wie das geheime Korps arbeitet, erzählt G. T. Crook den folgenden Vorfall, der sich vor kurzem abspielte. Eines Nachmittags sieht man in einem der elegantesten Viertel des Londoner Westend einen armen alten Mann, der einer Geige zittrige Töne entlockt und dadurch die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich lenkt. Neben ihm hockt ein noch trauriger dreinschauendes Individuum, das eine große Binde über dem rechten Auge hat und sich durch viele Verbeugungen für die Münzen bedankt, die ihm in die Mütze geworfen werden. Der Abend naht heran, die beiden stehen immer noch, 50 Meter entfernt geht ein elegant gekleideter Herr vor einer vornehmen Villa auf und ab und schickt sich an, dieselbe zu betreten. Da plötzlich hört der Geiger zu spielen auf, sein einäugiger Gefährte steckt das Geld in die Tasche und setzt seine Mütze auf, und beide schlürfen langsam hinter dem eleganten Herrn her, bis sie ihn mit jähem Griff am Kragen packen und ihm auch sofort seine Einbrecherwerkzeuge aus den Taschen ziehen. Es ist ein „schwerer Junge", dem sie seit langem auf der Spur sind, und kopfschüttelnd sehen die Passanten, wie der vornehme Herr nun von den beiden höchst verdächtig aussehenden Detektivs auf die Polizei gebracht wird.

Wieder ein siamesisches Zwillingspaar. Daß die unlängst verstorbenen „siamesischen Zwillinge, Rose und Josefa Blazek, nicht die ersten ihrer Art waren, geht ja schon aus ihrer Bezeichnung hervor, die sie nach den ersten in gleicher Weise mißgebildeten Geschwistern, die bekannt geworden sind, den Siamesen Tschang und Eng, führten. Man erfährt aber jetzt erst, daß sie auch zu ihren Lebzeiten Genossinnen hatten, und zwar in Amerika, wo die neuen „siamesischen Zwillinge" bereits die zweifelhafte Berühmtheit der Schwestern Blazek genießen. Es handelt sich um zwei sechzehnjährige Mädchen aus San Antonio in Texas, namens Violet und Daisy Hilton, deren Körper in derselben Weise zusammengewachsen sind, wie die Roses und Josefas, nämlich mittels eines breiten Streifens von Knochen und Muskelgeweben, der sich vom Beckenknochen bis zum Hals erstreckt. Im übrigen sind Violet und Daisy normal und gesund. Sie scheinen in keiner Weise unter ihrem Schicksal zu leiden und vertragen sich gut miteinander. Violet ist brünett und von ernster Gemütsart, während Daisy blond und munter ist. Sie haben auch zwei Geschwister, die beide gänzlich normal sind. Glücklicherweise sind die Eltern so vernünftig, daß sie bis jetzt alle verlockenden Angebote, die Zwillinge öffentlich zur Schau zu stellen, abgewiesen haben.

Zum Vorsitzenden der Schiller-Stiftung ist — wie aus Weimar berichtet wird — an Stelle des verstorbenen Staatsministers a. D. Rühle der Prof. Friedrich Lienhard gewählt worden. — Das Gesamtvermögen der Stiftung betrug am 31. Dezember 1921: 3588226 Mk., 204 656 österreichische Kronen und 14 500 Frank.

Prämien für Altertumsfunde. Durch die Achtlosigkeit von Landleuten gehen viele prähistorische Funde, wie einzelne Knochen und Werkzeuge, die ihnen bei ihrer Arbeit aufstoßen, verloren. Um nun das Interesse der Bevölkerung an diesen für die Wissenschaft wichtigen Gegenständen zu erwecken, hat der englische Prähistoriker Rufkton Parker für mehrere Jahre eine Summe von 100 Pfund jährlich gestiftet, die als Prämien für die Anzeige solcher Funde verteilt werden soll.

Sozialdemokratische Wahlsiege in Ungarn.

Budapest, 8. Juni. (Inkel.) In Budapest wurden gewählt die Sozialisten Franz Miakis, Emmerich Szabo und Andreas Sain, von der Regierungspartei Josef Tamassy und der Demokrat Dr. Bela Fabiau. Bei der Stichwahl in Oedenburg wurde der Sozialdemokrat Dr. Eduard Habelt mit einer Mehrheit von 171 Stimmen gegen den Führer der Habsburgpartei Graf Andrassy gewählt.

Während in allen Großstädten der Welt die Stimmenzählung nach wenigen Stunden vollendet ist, hat man in Budapest mehrere Tage dazu gebraucht, wobei natürlich allerhand Mogelei getrieben werden konnte. Auf dem Lande und in den meisten Provinzstädten war die Stimmenabgabe mündlich und öffentlich. Trotzdem und obwohl der Terror der Behörden den Arbeitern so manches Mandat gestohlen hat, dürfte die bisher im Parlament nicht vertretene Sozialdemokratie gegen zwanzig Mandate erringen. Besonders erfreulich ist die Wahl Dr. Hebelts in Oedenburg, den der Innenminister durch Stellung unter Polizeiaufsicht an jeder persönlichen Wahlarbeit gehindert hat. Die Regierung behält zwar bei diesem Wahlrecht und solchen Wahlpraktiken eine genügende Mehrheit, aber sie kehrt gebrandmarkt durch das Volksurteil aus dem Wahlkampf zurück.

Die Anleihefrage.

Die Erweiterung der Befugnisse — richtiger gesagt, des Studienbereichs — des Anleihekomitees durch die Reparationskommission wird von der Presse des Block national, entsprechend der Haltung der französischen Regierung, beklagt und angegriffen, während die Presse der Linksrepublikaner und der Sozialisten den Beschluß natürlich als einen Anfang der Besserung begrüßt. Die Reparationskommission selbst hat dem Anleihekomitee erklärt, daß die von ihm zu erwartenden außerordentlich wertvollen Anregungen irgendeine Verantwortung für die Reparationskommission nicht feststellen.

Poincaré hat im Senatsausschuß für Aeußeres über die Anleihefrage geredet.

Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen betr. die internationale Anleihe fortgesetzt würden, wenn auch die Ergebnisse noch nicht in der nächsten Zeit erwartet werden könnten. Bis zur Möglichkeit der Zahlungen in Gold, die nur die Anleihe reichlich genug gestalten könne, müsse die französische Industrie sich an die Sachlieferungen gewöhnen. In welcher Art man auch Sanktionen in Anwendung bringen wolle oder nicht anwenden wolle, alle Maßnahmen seien getroffen worden, um Sanktionen verschiedener Art an dem Tage ergreifen zu können, an welchem die Reparationskommission eine Verfehlung Deutschlands feststelle. Er habe in der Kammer gesagt, daß er niemals das Wort Ruhr ausgesprochen habe. Mehrere Mitglieder der Kommission hätten die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß es andere, bequemere und wirksamere Sanktionen gebe, über die das französische Publikum vielleicht weniger aufgeklärt sei als das deutsche. Außerdem wird man nicht glauben, fuhr Poincaré fort, daß unsere Alliierten eine wachsame Aufsicht über „Umtriebe des militaristischen Deutschlands" weniger wünschten als wir. Von drei Zahlungsmöglichkeiten, die Deutschland gegenwärtig hat (1. ausländische Devisen aus dem deutschen Exportüberschuß oder aus den auswärtigen Kapitalsanlagen Deutschlands, 2. internationale Anleihe und 3. Sachlieferungen) scheint man gegenwärtig nur die dritte in Erwägung ziehen zu können, wenn man ein sofort greifbares Ergebnis erzielen will. Das bedeutet nicht, daß die internationale Anleihe unmöglich ist, ganz im Gegenteil, diese Anleihe befindet sich durchaus in Uebereinstimmung mit den Rechten und Interessen Frankreichs, mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und dem Zahlungsplan. Artikel 248 von Versailles gestattet dem Reparationsausschuß, dieser Anleihe wie auch allen anderen wirksamen Zahlungsarten zuzustimmen. Es ist selbstverständlich, daß der Reparationsausschuß keine weitere Initiative in der Feststellung dieser Anleihe hat oder haben wird, und daß die französische Regierung immer eine unumgängliche Bedingung stellen wird, nämlich daß die Anleihe keine weitere Verminderung der französischen Forderungen nach sich zieht. Ferner hat die französische Regierung der französischen Abordnung genaue Weisungen erteilt betreffend die von den Alliierten geforderte und von Deutschland angenommene Kontrolle der deutschen Finanzen, der Ausfuhr und des Geldumlaufs.

Das Anleihekomitee wird heute nachmittag zusammentreten, um einen Beschluß zu fassen, ob es seine Beratungen fortsetzen oder wegen der Haltung Frankreichs abbrechen soll. Dem „New York Herald" hat eine der höchsten Autoritäten erklärt, daß der Beschluß der Reparationskommission dem Anleihekomitee keinerlei Ermutigung gegeben habe; er sei wertlos, weil Beschlüsse wegen Verminderung der Reparationsschulden von der Reparationskommission einstimmig gefaßt werden müssen, und dies erscheine unmöglich. Gewiß sei nur eines: daß die gegenwärtige Situation nicht bis ins Unendliche fortgeschleppt werden könne. Das Blatt berichtet, daß die englischen Finanzdelegierten ernste Anstrengungen machen, damit das Anleihekomitee wenigstens einen allgemein gehaltenen Bericht veröffentlicht, der zwar nicht sofort von den Alliierten angenommen würde, aber die Grundlage zu etwaigen späteren Erörterungen bilden könnte, sobald die Vereinigten Staaten sich entschlossen hätten, den Alliierten ihre Kriegsschulden nachzulassen. Die Engländer hoffen, daß Morgan und die neutralen Bankiers eine öffentliche Erklärung abgeben, wodurch ein Nachlaß der Kriegsschulden durch die Vereinigten Staaten begünstigt würde.

Das „Petit Journal" gibt eine Erklärung Morgans wieder, daß die amerikanischen Finanziers mit ihrem Eintritt in das Anleihekomitee durchaus nicht aus der internationalen Anleihe ein vorteilhaftes Geschäft machen wollten. Sie glaubten vielmehr, daß die Vorbereitung der Anleihe die französisch-englischen Beziehungen stärken könnte. Amerika sehe die Entente zwischen England und Frankreich als Grundlage des Friedens an. Die Haltung Boydens in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission beweise übrigens, daß die amerikanische Regierung nicht gesonnen sei, die Paris von London trennende Politik zu unterstützen.

Der „Matin" glaubt mitteilen zu können, daß die von Deutschland geforderte Gesamtschuld dem Beschluß der alliierten Regierungen zufolge nicht 132 Milliarden betragen werde, sondern daß man den gegenwärtigen Wert dieser Summe als Grundlage nehmen wolle. Dieser belaufe sich auf 60 bis 70 Milliarden Goldmark. Aber auch diese Summe erschien dem internationalen Anleihekomitee als viel zu hoch, weshalb dies die Schuld auf 25 bis 30 Milliarden Goldmark ermäßigen wollte. Hiervon sollte Frankreich 13 bis 16 Milliarden erhalten.

Die politische Hindenburgreise. Aus Königsberg meldet WTB.: Da nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums die zuständigen zivilen Stellen der Reichs- und preußischen Staatsregierung die Veranstaltungen zu Ehren des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, die am Sonnabend und Sonntag in Königsberg geplant sind, als politisch im Sinne des Wehrgesetzes erklärten, hat das Königsberger Wehrkreiskommando den Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme an diesen Veranstaltungen untersagt. Ehemalige Angehörige der Reichswehr dürfen an den Veranstaltungen nicht in Uniform teilnehmen.

Freibad-Rettungswesen.

Einrichtungen des Freibades Müggelsee.

Die wärmere Jahreszeit hat mit der Möglichkeit, wieder im Freien zu baden, auch schon wieder einige Badeunfälle gebracht. Da jetzt die Behörden das Zugeständnis gemacht haben, daß im Freien fast überall, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, gebadet werden darf, so ist in diesem Sommer auf eine Mehrung der Badeunfälle zu rechnen. Man kann Nichtschwimmern nur raten, niemals an Stellen zu baden, die nicht ganz sicher einen von Vertiefungen freien Badegrund erwarten lassen.

In den eingezäunten Freibädern wird natürlich das Möglichste getan, Badeunfälle zu verhüten oder doch bei vorkommenden Unfällen für schnellste Hilfe zu sorgen. Gut sind die schon vor längerer Zeit geschaffenen Einrichtungen für das Rettungswesen im Freibad Müggelsee, dank einer Organisation, die von den Badenden selber unterhalten wird. Das Badegebiet, das für Nichtschwimmer bis 170 Meter, für Schwimmer bis 200 Meter vom Ufer aus in den See hineinreicht, ist durch verankerte Tonnen und durch Tafeln abgegrenzt. Wer innerhalb dieses überallsorgfältig ausgeloteten Gebietes bleibt, wird nicht leicht einen Unfall haben, wenn aber doch, so kann er auf tatkräftige Hilfe rechnen. Von den vier Rettungsbooten, die jederzeit fahrbereit gehalten werden, kreuzt während des Badebetriebes immer mindestens eins in dem abgegrenzten Gebiet umher. Bei Zunahme des Betriebes führt auch das zweite und je nach Bedarf noch das dritte und vierte Boot zum Wachdienst aus, so daß für alle Teile des Badegebietes die nötige Ueberwachung gewährleistet ist. Ereignet sich ein Unfall, so gibt das zu Hilfe eilende Boot ein alarmierendes Hupensignal und setzt sich mit der am Strande befindlichen Rettungsstation durch Flaggensignale in Verbindung. Am Strand wird eine weithin sichtbare Flagge gehißt, die dem ganzen Freibad bekanntgibt, daß ein Menschenleben in Gefahr ist. Von allen Seiten eilen die im Freibad als Ordner tätigen Personen herbei, die sich auch zur Hilfeleistung bei Rettungsarbeiten verpflichtet haben und schwimmen der Unfallstelle zu. Der ganze Rettungsdienst wird von den zu den Stammgästen des Freibades gehörenden Mitgliedern der Schwimmvereine „Vorwärts" und „Welle" unentgeltlich geleistet. Selten kommen die Retter zu spät, es sei denn, daß ein Badender einem Herz- oder Lungenschlag erliegt, wo Hilfe nicht mehr möglich ist. Wenn der Verunglückte von den nach ihm tauchenden Schwimmern bewußtlos herausgeholt wird, schafft man ihn nach der Sanitätsstube, die mit allen zum Rettungsdienst nötigen Hilfsmitteln ausgerüstet ist. Sie hat auch einen Sauerstoffapparat, der schon in einer ganzen Reihe von Fällen angewendet worden ist und lebenrettend gewirkt hat. Die Sanitätsstube, die unter Leitung fachlich vorgebildeter Personen steht, wird auch sehr oft bei minder schweren Fällen in Anspruch genommen, bei Sonnenbrand, Unwohlsein, Kopfweh, Krämpfen usw. Das Rettungswesen des Freibades Müggelsee ist ein schönes Werk des Gemeinsinns und der Selbstverwaltung, das dem Schutz der Badenden dient. Daß es aber auch selber Schutz bei ihnen finden muß, sei bei dieser Gelegenheit betont.

Wieder ein Geldscheinfälscher.

Aufdeckung der Falschmünzereigeheimnisse.

Nach langjährigen Geldscheinfälschungen entlarvt und festgenommen wurde gestern durch die Aufmerksamkeit eines Geschäftsmannes der Steindrucker Gustav Stessen, der als unbekannter Kunde in einem Konfitürengeschäft in der Gürtelstraße zu Lichtenberg erschien und einen kleinen Einkauf mit einem Fünfzigmarkschein bezahlte.

Der Geschäftsinhaberin stiegen Zweifel an der Echtheit des Scheines auf und sie gab ihn ihrem Vetter zur näheren Besichtigung. Auch dieser traute ihm nicht. Der Kunde erklärte sich jetzt sofort bereit, einen anderen Schein zu geben, der zweifellos echt war, und steckte den verdächtigen wieder ein. Der Mann beruhigte sich dabei aber nicht, ging vielmehr dem Käufer unauffällig nach, um ihn zu beobachten. Nachdem er hierbei festgestellt hatte, daß der Unbekannte in zwei anderen kleinen Geschäften ebenfalls mit je einem Fünfzigmarkschein bezahlt hatte, ließ er ihn kurzerhand festnehmen. Die beiden Scheine erwiesen sich gleichfalls als falsch und der Verhaftete räumte, nachdem man in seiner Wohnung noch eine Anzahl falscher Fünfzigmarkscheine sowie eine Steindruckpresse und Drucksteine gefunden hatte, auch ein, daß er schon seit Jahren mit diesen Werkzeugen Fünfzigmarkscheine hergestellt und nach und nach in kleinen Geschäften vertrieben hat. Welchen Umfang die Geldscheinfälschungen angenommen hatten, wie erfolgreich sie aber auch bekämpft werden, geht daraus hervor, daß in den letzten drei Monaten vor den Berliner Landgerichten nicht weniger als 85 Strafverfahren verhandelt wurden. In einem Falle waren in zwei Terminen beim Landgericht I 25 Personen angeklagt, fast alles Berliner gewerbsmäßige Verbrecher, darunter ein erheblicher Prozentsatz Zugewanderter aus dem Osten. Gefälscht waren durchweg deutsche Reichsbanknoten, in zwei Fällen auch rumänische Leinoten. Die Anklagen vertraten Sonderdezernenten der Staatsanwaltschaft für Falschgeldsachen. Die Einrichtung dieser Sonderdezernate hat sich so bewährt, daß ein bekannter Verteidiger sich zu der Bemerkung veranlaßt sah, die Staatsanwaltschaft habe durch diese Einrichtung gegenüber dem Wechsel in der Verteidigung ein Uebergewicht erlangt. Weil in den Verhandlungen alle Geheimnisse der Falschmünzerei zur Sprache kommen mußten, so wurde durchweg die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, um nicht Kriminalstudenten Gelegenheit zu unerwünschter Belehrung zu geben. Die Angeklagten wurden fast alle zu langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

Die Wirtschaftskoalition Neukölln-Treptow.

Eine sachliche Darstellung.

Zu den über diese Angelegenheit in unserer gestrigen Abendausgabe gebrachten Mitteilungen teilt uns Genosse Gerisch als Mitglied der Wirtschaftsdeputation für den 15. Bezirk ergänzend folgendes mit:

Nicht der Wirtschaftsbetrieb der früher selbständigen Gemeinde Treptow, sondern die ganzen ehemals selbständigen Gemeinden, die heute den 15. Verwaltungsbezirk bilden, also Treptow, Ober- und Niederschöneweide, Adlershof usw. hatten in ihrer Gesamtheit nach vorgenommener Zusammenstellung aus ihrer Kriegswirtschaft einen Verlust von rund sieben Millionen Mark. Diese Verluste sind vielfach dadurch entstanden, daß die Wirtschaftsbetriebe mit Ausgaben belastet wurden, die sofort unter Wohlfahrtszwecke hätten verbucht werden müssen. So hat, um nur ein Beispiel anzuführen, die Gemeinde Treptow in ihren Bürgerküchen, in denen vorwiegend für die ärmere Bevölkerung gekocht wurde, jahrelang das Essen zu einem Preise abgegeben, der nur die Hälfte der Selbstkosten deckte. Der große Fehlbetrag wurde auf den Wirtschaftsbetrieb übernommen. Weitere große Verluste entstanden dadurch, daß den Gemeinden von den Zentralstellen große Partien Lebensmittel aufgezwungen wurden, die entweder schon halb verdorben waren oder aus sonstigen Gründen unverkäuflich blieben. Die neue Bezirksverwaltung hat es nicht abgelehnt, die sieben Millionen auf den Etat 1922 zu übernehmen. Der Hergang war folgender: Der Magistrat stellte die bei der ganzen Sachlage direkt unsinnige Forderung, daß der neue auf kaufmännischer Grundlage aufgebaute Wirtschaftsbetrieb für den 15. Bezirk den Fehlbetrag aus der Kriegswirtschaft, mit der er gar nichts zu tun hatte, übernehmen, verzinsen und amortisieren solle. Eine solche Last von sieben Millionen zu übernehmen, die aus ganz anderen Verhältnissen stammten und für die der neue Wirtschaftsbetrieb keinerlei Verantwortung trug, das wurde abgelehnt und mußte abgelehnt werden, und da der Magistrat auf seiner Forderung beharrte, blieb nur die Aufgabe des für Rechnung des 15. Bezirks betriebenen Wirtschaftsbetriebes übrig. Dabei kam es darauf an, die gesamte Einrichtung, die sich bei unzähligen Gelegenheiten als höchst segensreich für die Bevölkerung des 15. Bezirks erwiesen hatte, dieser auf gemeinnütziger Grundlage zu erhalten, ihr Hinübergleiten in ein kapitalistisches Unternehmen zu verhindern. Aus diesem Grunde wäre auch eine „Ausschreibung" sinnlos gewesen, da überhaupt nur zwei Bewerber in Betracht kamen: die städtische Großhandelsgesellschaft und die Konsumgenossenschaft. Da die letztere bei ihrem Angebot in überaus kurzsichtiger Weise nur den Zweck verfolgte, durch sofortige Schließung der meisten Verkaufsstellen sich eine unbequeme Konkurrenz vom Halse zu schaffen, ergab sich als einzige Lösung die Angliederung an die städtische Großhandelsgesellschaft. — Bei der Regelung der Sache gingen die Unabhängigen verständigerweise mit uns Hand in Hand, die bürgerlichen Parteien trachteten aus leicht begreiflichen Gründen die ganze Einrichtung abzuwürgen, und die Kommunisten bildeten aus den unsinnigsten Argumenten heraus wie üblich die bekannte „Einheitsfront" mit den Reaktionären.

Die Elternbeiratswahlen für die höheren Schulen

werden für Berlin am nächsten Sonntag (11. Juni) vollzogen. Eine Zeitungskorrespondenz behauptet, daß an nicht wenig Schulen nur eine einzige Liste eingereicht worden sei. In diesem Fall würde die „Wahl" sich sehr vereinfachen. Wo die drei Linksparteien ihre gemeinsame Liste aufgestellt und eingereicht haben, dürften auch die Bürgerlichen nicht müßig geblieben sein. Darum kann allen Müttern und Vätern, die für die Liste der Linksparteien stimmen wollen, nur dringend geraten werden, am Wahltage auf dem Posten zu sein und ihre Pflicht zu tun.

•

15. (Schinkel-) Realschule, Carmen-Sylva-Straße. Alle freiheitlich gesinnten Eltern stimmen am Sonntag, den 11. Juni, für die freie weltliche Liste. — In der **Leibniz-Oberrealschule Charlottenburg** gilt für unsere Genossen und Anhänger die Liste Pfarrer Bleier. Wahlzeit ist von 9—2 Uhr. Punkt 2 Uhr wird die Wahl geschlossen. — **Lyzeum I, Oberlyzeum Neukölln,** Berliner Str. 8/10, Schulaula. Freitag, 9 Juni, abends 8 Uhr: Elternversammlung. 1. Vortrag des Pfarrers Hans Francke von der Heiligkreuzkirche zu Berlin über: Kirche—Schule—Religionsunterricht. 2. Freie Aussprache.

Protestierende Kriminalbeamte.

Einen stürmischen Verlauf nahm gestern eine von den Kriminalbeamten Groß-Berlins einberufene Protestkundgebung in den Musikerfestsälen gegen die jetzt in Kraft getretene Verfügung des Polizeipräsidiums, nach der den Kriminalbeamten mit wenigen Ausnahmen die Straßenbahnzeitkarten entzogen worden sind. Nach der Verfügung dürfen die Beamten die Straßenbahn nur benutzen, wenn die zurückzulegende Strecke über zwei Kilometer beträgt und auch nur in eiligen Fällen. Nach einer ziemlich stürmisch verlaufenen Debatte wurde nachstehende Entschließung angenommen: „Die am 7. Juni 1922 in den Musikerfestsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 21, versammelten Kriminalbeamten Groß-Berlins legen gegen die Entziehung der Straßenbahnzeitkarten durch das Polizeipräsidium strengste Verwahrung ein, weil dadurch ihre Bewegungsfreiheit und die Erfolgsmöglichkeit im Kampfe mit dem mit allen Mitteln der Technik ausgerüsteten gewerbsmäßigen Verbrechertum zum Schaden des Volkswohles eingeengt und behindert wird. Sie legen gleichfalls Verwahrung ein gegen den ablehnenden Bescheid des Polizeipräsidiums betreffend die Vorauszahlung der Dienstaufwandsgelder. Die Kriminalbeamten erklären vor aller Oeffentlichkeit, daß sie infolge der schlechten Besoldung und der bedrängten wirtschaftlichen Lage, in welcher sie sich befinden, nicht mehr imstande sind, die Unkosten im Dienst für den Staat zu verauslagen. Sie verlangen, daß das Polizeipräsidium als Aufsichtsbehörde und das Ministerium des Innern als oberste Polizeiinstanz die Kriminalpolizei auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit erhält und ihnen alle Hilfsmittel des Verkehrs frei zur Verfügung stellt, die erforderlich sind, um dem gewerbsmäßigen Verbrechertum erfolgreich entgegentreten zu können."

•

Zu der Protestversammlung erklärt eine amtliche Auslassung, daß die Beiträge, die jährlich für Beschaffung von Monatskarten auf der Straßenbahn für die Beamten der Kriminalpolizei und der Verwaltungspolizei verausgabt worden sind, durch die Fahrpreissteigerungen eine Höhe von 11 bis 12 Millionen im Jahr erreicht hätten. Der bei den Polizeiämtern unternommene Versuch hat monatliche Ersparnisse bis zu ¾ der vorherigen Ausgaben gebracht. Die Neuordnung bedeutet danach bei überschlägiger Berechnung eine Ersparnis von rund 5 Millionen Mark. Es ist beabsichtigt, auf Grund dieser Ersparnis bei dem Ministerium eine Erhöhung des Beamtenstandes der Kriminalpolizei und eine reichere Ausstattung des Unterstützungsfonds dieser Beamtenschaft zu beantragen. Eine Beeinträchtigung des kriminellen Dienstes und damit eine Minderung des Schutzes Groß-Berlins werde durch die getroffenen Maßnahmen nicht eintreten.

Zum Tode durch den Strang verurteilt. Im Vorjahre wurde der Wiener Fabrikant Eugen Brenner, der mit seinem Auto von Wiener Neustadt nach Wien zurückfahren wollte, durch ein über die Straße gespanntes Seil geköpft, während der Chauffeur mit Verletzungen davonkam, weil er sich im letzten Moment noch rasch bückte. Der Täter wurde in der Person des Geldarbeiters Johann Hlobil in Holleschau in Mähren verhaftet und gestern von dem dortigen Schwurgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Hlobil gab an, daß er durch den Besuch von Kinos auf die Idee des Attentats gekommen sei.

Ein Feuerkampf zwischen Einbrechern und Polizei spielte sich in der verflossenen Nacht auf dem Grundstück des Hauses Oberwallstraße 2 ab. Einbrecher waren nach Ueberkletterung der Mauer und des Zaunes in die Garagen des Kommandos der Schutzpolizei eingedrungen, die sich in den Nebengebäuden des ehemaligen Kronprinzenpalais befinden. Ein Posten der Schutzpolizei bemerkte die Leute und rief sie an, worauf sofort auf den Beamten das Feuer eröffnet wurde, was der Posten erwiderte. Infolge der Dunkelheit und des Baumschutzes des Gartens konnten die Einbrecher flüchten. Während des Feuergefechts, das unter den Anwohnern sowie den späten Passanten der Linden begreifliches Aufsehen hervorrief, beobachtete ein Wächter des Opernhauses, wie drei Männer über die Mauer des Palais flüchteten und im Lindentunnel der Straßenbahn verschwanden. Eine Abfuchung des Tunnels blieb selber erfolglos, ebenso eine Verfolgung der Verbrecher.

Die „Judenfahne" der Burschenschafter. Die Berliner „Telegraphenunion" berichtet aus Salzburg, daß bei einem Umzug der deutschen Burschenschafter eine Anschlußfahne vorangetragen wurde, die die Farben der österreichischen Republik rot-weiß-rot, die Farben des Deutschen Reiches, schwarz-weiß-rot (!) und die Farben der Burschenschafter, schwarz-rot-gold, aufwies.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg-Friedenau. Heute abend 7½ Uhr bei Groß, Sedanstr. 17. Leseabend der Nachdruck-Broschüre.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst trocken und größtenteils heiter. Am Tage warm bei mäßigen östlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung und etwas Gewitterneigung.

Gewerkschaftsbewegung

Geständnisse.

Die „Rote Fahne" sucht ihren schwindenden Anhängern klar zu machen, warum die Kommunisten für die Zellenbildung innerhalb der Gewerkschaften, praktisch also für deren Zerstörung sind, sich aber der Gründung sogenannter revolutionärer Gewerkschaften widersetzen. Dabei entschlüpfen ihr unfreiwillig einige Wahrheiten, für deren Verbreitung wir gern beitragen. Sie schreibt also in ihrer Morgenausgabe vom 8. Juni:

> Auch die „radikalste" Gewerkschaft ist an die wirtschaftlichen Gesetze gebunden und der Glaube ist daher irrig, daß die Kommunisten nur auf Grund ihrer Anschauung und ihres Programms mehr erreichen könnten, als andere Gewerkschaften, wenn nicht die reale Macht hinter ihnen steht. . . . Der Geschichte der Gewerkschaften fehlt es nicht an Beispielen, wo die Leiter von Neugründungen diese Erfahrungstatsachen außer acht ließen. Die kleinen Organisationen waren nicht imstande, ihren Mitgliedern die gegebenen Versprechungen mit ehrlichen Mitteln zu halten, und so griffen sie dann unter dem Zwang der Verhältnisse und um die Mitglieder durch scheinbare Erfolge zu halten, zu den verwerflichsten Mitteln. Und das ganze Unternehmen endete nicht nur mit einem Mißerfolg, sondern auch mit einer großen Schädigung der revolutionären Bewegung unter der Arbeiterschaft überhaupt.

An welche Unternehmungen die „Rote Fahne" dabei gedacht hat, verrät sie nicht. Wenn man sich aber des mitteldeutschen Putsches und anderer ähnlicher „revolutionärer" Bewegungen erinnert, die von den Kommunisten mit den „verwerflichsten Mitteln" inszeniert wurden, dann dürfte man auf der richtigen Fährte sein.

Man glaube aber nicht, daß die Kommunisten nunmehr in sich gehen und ihre Zerstörungsarbeit aufzugeben bereit sind. Man glaube auch nicht, daß sie unbedingt an der Einheit der Organisation festhalten wollen. Sie wissen ja nicht, welche Befehle sie morgen aus Moskau erhalten können. Und deshalb beeilt sich die Berliner Ausgabe der „Prawda", hinzuzufügen:

> Damit ist nicht gesagt, daß wir unter allen und jeden Umständen in den Gewerkschaften bleiben müßten. Es können Verhältnisse eintreten, wo die Amsterdamer grundsätzlich jeden Kommunisten ausschließen oder ihm das Recht zur Bekleidung einer Funktion absprechen. Auch ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß bestimmte Gewerkschaftsführer die Organisationen bewußt zu konterrevolutionären Zwecken mißbrauchen wollen; in solchen eventuell eintretenden Fällen kann natürlich nicht starr an der bisherigen Taktik festgehalten werden, und es müßte von Fall zu Fall zu der neuen Sachlage Stellung genommen werden.

Da die Kommunisten die Gewerkschaften und deren Führer tagtäglich anpöbeln, konterrevolutionären Zwecken zu dienen, so will es also nicht viel besagen, wenn die „Rote Fahne" heute gegen die Gründung von Sonderorganisationen ist. Höchstens, daß aus dieser Stellungnahme hervorgeht, daß sich die Kommunisten bewußt sind, sie würden in solchen „revolutionären" Organisationen die Bedeutung von Diskutierzirkeln haben, die unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit ihre „Prinzipien" zu vertreten gezwungen wären.

Entlohnung der Lehrlinge.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte unter dem 10. April d. J. an das preußische Handelsministerium das Ersuchen gerichtet, bei Genehmigungen der von den Handwerkskammern erfolgenden Regelungen des Lehrlingswesens besondere Aufmerksamkeit der Höhe der Kostgeldsätze zu widmen. Darauf ist unter dem 27. April folgende Antwort eingegangen:

Abschrift.
Berlin W. 9, den 27. April 1922.
Leipziger Str. 2.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
J.-Nr. IV. 4267.

Ich bin mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund der Auffassung, daß die Gewährung angemessener Kostgelder und Entlohnungen an Handwerkslehrlinge dringend notwendig ist, und zwar sowohl im Interesse der Jugendlichen selber als des Handwerks, dem andernfalls ein tüchtiger Nachwuchs nicht wird zugeführt werden können. Ich bin deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit, insbesondere gegenüber den Mitgliedern der Abteilung B des Landesgewerbeamtes, die in der Mehrzahl Handwerksmeister sind, mit Nachdruck für eine zeitgemäße Erhöhung der den Lehrlingen zu gewährenden Bezüge eingetreten und habe dabei volles Verständnis für meine Anregungen gefunden; auch künftig werden von mir die Handwerkskammern und die sonstigen Körperschaften des Handwerks immer wieder auf diese Notwendigkeit hingewiesen werden. Ich bemerke jedoch, daß im Gegensatz zu der dort vertretenen Auffassung die Handwerkskammern und Innungen nicht berechtigt sind, die den Lehrlingen zu zahlenden Kostgelder und sonstigen Vergütungen mit bindender Kraft für die Beteiligten festzusetzen; die diesen Körperschaften aus der Gewerbeordnung zustehenden Befugnisse erstrecken sich lediglich auf den öffentlich-rechtlichen Teil des Lehrvertrages, nicht aber auf die Regelung der bürgerlich-rechtlichen Beziehungen der Vertragsparteien. Handwerkskammern und Innungen sind zwar befugt, Grundsätze und Richtlinien auch über die den Lehrlingen zu gewährenden Vergütungen aufzustellen, sie haben das auch durchweg getan. Solche Feststellungen ermangeln jedoch der verbindlichen Kraft.

Ich glaube daher, daß eine endgültige Lösung der dort berührten Frage erst möglich sein wird, wenn ein neues Lehrlingsgesetz zustandegekommen sein wird. Dem Vernehmen nach beschäftigen sich soeben die beteiligten Reichsministerien mit einem Referentenentwurf, der das gesamte Gebiet der beruflichen Ausbildung Jugendlicher behandeln soll. Ich werde alles tun, um eine alsbaldige reichsgesetzliche Regelung zu fördern.

gez.: Siering.

Daraus ergibt sich u. a., daß der ablehnende Standpunkt der Schlichtungsausschüsse gegenüber den Versuchen der Gewerkschaften, auch im Handwerk durch tarifliche Abmachungen die Löhne zu regeln, nicht aufrecht zu erhalten ist.

Ein Stückchen aus Pommern.

Im Dienste des Landrats in Cammin stand eine Stenotypistin, der eines Tages eine Type der Schreibmaschine zerbrach. Im Kreise schienen etliche Angestellte entbehrlich, darunter auch unsere Stenotypistin. Der Herr Kreissekretär eröffnete ihr nun, wenn sie die Kosten der Schreibmaschinenreparatur übernehme, bliebe sie von der Kündigung verschont. Um ihre Stelle zu behalten, erklärte sich das Fräulein damit einverstanden und erstattete denn auch dem Kreise die Reparaturkosten im Betrage von 415 Mk. Ihr wurde dann dennoch gekündigt, worauf sie bei dem Herrn Landrat vorstellig wurde. Der Herr Landrat soll nun im Kasernenhofton mit ihr verhandelt haben, was uns bei einem republikanischen Landrat nicht möglich erscheint, selbst wenn er deutschnational sein sollte. Schließlich erhielt die Stenotypistin infolge ihres energischen Auftretens die 415 M. zurück und wurde entlassen. Sparsamkeit ist eine Tugend, doch darf sie nicht übertrieben und nicht auf Kosten der Angestellten getrieben werden.

Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke.

In einer Mitgliederversammlung des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes, die am Mittwoch in Haverlands Festsälen stattfand und von allen im Staats- und Gemeindearbeiterband organisierten Elektrizitätsarbeitern, auch denen der Elektrizitätswerke der Vororte, besucht war, wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, die gegen das bekannte Schreiben des Verbandes der Maschinisten und Heizer Stellung nimmt. In der Resolution wird insbesondere zum Ausdruck gebracht, daß die Mitglieder des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes, die in den städtischen Elektrizitätswerken beschäftigt sind, es ablehnen, sich von den übrigen städtischen Arbeitsbrüdern zu trennen.

Wir möchten unsererseits hierzu bemerken, daß es an sich bedauerlich ist, wenn solche interne Organisationsfragen ohne vorherige Verständigung mit den in Betracht kommenden Organisationen in aller Oeffentlichkeit ausgetragen werden. Das war unseres Erachtens ein Mißgriff des Verbandes der Maschinisten und Heizer. Es wird aber nichts gebessert, wenn nun diese Polemik öffentlich fortgesetzt wird. Es ist Sache der beteiligten Arbeiter bzw. der zuständigen Organisationen, zu einer die Interessen aller wahrenden Regelung zu kommen.

Einigung bei den Maßschuhmachern.

Die Friedrichstädtischen Maßschuhmacher nahmen am Mittwoch in einer zahlreich besuchten Versammlung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlung mit den Arbeitgebern Stellung. Der Bericht wurde von Schüler gegeben. Von der Verhandlungskommission der Arbeitnehmer ist ein Zuschlag von 5 M. auf den bestehenden Stundenlohn, der 24 M. beträgt, gefordert worden. Die Arbeitgeber wollten zunächst keine Zulage bewilligen, erklärten sich aber schließlich bereit, den Stundenlohn um 2 M. erhöhen zu wollen, während die Vertreter der Arbeiter ihre Forderung schließlich auf 3 M. herabsetzten. Da die Arbeitgeber ablehnten, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Schüler forderte am Schluß seines Berichts die Versammlung auf, über Annahme oder Ablehnung des Angebots zu entscheiden. Die Zulage soll ab 8. bis Ende Juni gelten. In der Aussprache wurde die Forderung von 5 M. als eine der riesigen Teuerung gegenüber durchaus berechtigte anerkannt. Die Abstimmung ergab jedoch eine erhebliche Mehrheit für die Annahme.

Internationaler Holzarbeiterkongreß.

Am 12. Juni tritt in Wien der Kongreß der „Internationalen Union der Holzarbeiter" zusammen. Die Internationale der Holzarbeiter ist eine der ältesten internationalen Gewerkschaftsverbindungen. Bereits im Jahre 1891 fand in Brüssel der erste internationale Holzarbeiterkongreß statt. Der damals unternommene Versuch, eine dauernde internationale Verbindung der Berufsorganisationen herbeizuführen, schlug jedoch fehl. Obwohl in der Folgezeit wiederholt internationale Holzarbeiterkongresse abgehalten wurden, gelang es erst im Jahre 1904 auf dem Kongreß in Amsterdam, eine Organisation von dauerndem Bestand zu schaffen. Damals waren 10 Länder mit 17 Verbänden und 150 000 Mitgliedern vertreten. Zum Sekretär der Internationalen Union wurde Leipart, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gewählt. Seiner Tatkraft gelang es, die Organisation in musterhafter Weise auszubauen. Auch während des Krieges wurde die Verbindung durch das in vier Sprachen erscheinende „Bulletin" mit Hilfe der Neutralen aufrechterhalten. Der erste Kongreß der Union nach dem Kriege fand im Dezember 1919 in Amsterdam statt. Hier wurde beschlossen, den Sitz der Union nach Amsterdam zu verlegen. Zum Sekretär wurde Woudenberg, der Vorsitzende des Niederländischen Möbelarbeiterverbandes, gewählt. Am Schluß des Jahres 1921 waren der Internationalen Union aus 18 Ländern 36 Organisationen mit 856 347 Mitgliedern angeschlossen, von denen nahezu die Hälfte auf Deutschland entfällt.

Die wichtigste Aufgabe des Wiener Kongresses wird die Beschlußfassung über das Statut der Internationalen Union sein, das von dem auf dem Amsterdamer Kongreß gewählten Exekutivkomitee vorgelegt wird. Von dem mit den Moskauern sympathisierenden Schweizerischen Holzarbeiterverband war der Antrag gestellt worden, den Allrussischen Holzarbeiterverband zum Kongreß einzuladen. Das Exekutivkomitee hat diesen Antrag abgelehnt und die Umfrage, die darauf vom Vorstand des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes bei den angeschlossenen Organisationen veranstaltet wurde, zeitigte nicht das von ihm gewünschte Ergebnis.

Amerikanischer Eisenbahnerstreik?

Die United States Railway Labour Board (ein Amt, das etwa einem Eisenbahnministerium der Vereinigten Staaten gleichkommt) hat eine Herabsetzung der Löhne der Eisenbahnarbeiter beschlossen, und zwar für Werkstättenarbeiter um 7 Cent, für Streckenarbeiter um 9 Cent. Von dieser Lohnkürzung werden 400 000 Eisenbahnarbeiter betroffen. Die Eisenbahnarbeiter haben eine Generalversammlung nach Cincinnati einberufen, wo über Annahme oder Ablehnung der Lohnreduktion entschieden werden soll. In Cincinnati wird am 12. Juni der amerikanische Gewerkschaftskongreß eröffnet, so daß anzunehmen ist, daß die Eisenbahnarbeiter, die diese Lohnherabsetzung ablehnen dürften, an die gesamten amerikanischen Gewerkschaften zur Unterstützung in diesem Lohnkampfe appellieren werden. Kommt es zum Streik, dann dürfte dieser nicht lange auf sich warten lassen. Seit dem 1. April sind über 500 000 Kohlenarbeiter in den Vereinigten Staaten im Streik, um eine ähnliche Lohnkürzung abzuwehren. Die Eisenbahnarbeiter werden also zweifellos diese Situation auszunützen bestrebt sein.

Von den streikenden Straßenbahnern in Koblenz mußte ein Teil von ihnen auf Befehl der interalliierten Rheinlandkommission die Arbeit wieder aufnehmen.

Deutscher Lehrertag.

K. Hannover, 5. Juni.

Die Tagungen des Deutschen Lehrervereins, der großen gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Lehrerschaft, dürfen heute mehr als je das Interesse aller schulpolitisch interessierten Kreise beanspruchen. Bilden sie doch gewissermaßen das schulpolitische Barometer der Gegenwart: ungestümes Vorwärtsdrängen dort, wo Sozialisten Leitung und Taktik beeinflussen, zaghaftes Hin- und Herlavieren innerhalb der von altersher liberalisierenden Lehrerschaft und ein sichtbares Erstarken der reaktionären Kräfte, die unmittelbar nach dem Novemberumsturz hinweggefegt schienen. Aber gerade darum bewies diese Tagung wieder den Wert intensiver Mitarbeit der sozialdemokratischen Lehrerschaft innerhalb der „neutralen" Gewerkschaft der 200 000 deutschen Lehrer, die nur ein sinnloser Radikalismus den Kräften der Reaktion als Domäne überlassen kann. Denn selbst ein Blinder mußte erkennen, wie das Gewicht der besseren Gründe, das die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Redner in die Wagschale zu werfen hatten, Haltung und Beschlüsse dieses Lehrertages entscheidend beeinflußten.

Die Verhandlungen begannen am zweiten Pfingsttage unter außerordentlich starker Beteiligung. Den Eröffnungsworten des Vorsitzenden Röhl folgte eine Begrüßungsansprache des Staatssekretärs Genossen Heinrich Schulz vom Reichsministerium des Innern, die eine starke politische Note trug im Hinblick auf eine Reihe vorliegender Anträge. Nach einem Abwägen der kulturellen Möglichkeiten im Rahmen unserer wirtschaftlichen Not fuhr Heinrich Schulz etwa fort: Das Reich kann nicht vom grünen Tisch aus Vorschriften machen, sondern muß in gegenseitigem Vertrauen mit den Ländern zusammenarbeiten. Das Organ dieser Zusammenarbeit ist der so viel mit ganz falschen Gründen bekämpfte Reichsschulausschuß. Er ist keine Geburtsstätte rückschrittlicher Schulmaßnahmen, sondern ein Mittel, die gegebenenfalls viel schwerer zu lösenden gesetzlichen Bindungen im Einzelfalle zu vermeiden. Der große Gedanken der Reichsschulgesetzgebung darf nicht herabsinken auf das Niveau von Nützlichkeitserwägungen. Der Redner schloß mit dem bis dahin vermißten Hinweis, daß staatsbürgerliche Gesinnung — das erste Thema des Tages — im Sinne der Verfassung auch über das eigene Volk hinausgehen müsse. Im Namen des Oberpräsidenten sprach Oberschulrat Hüttebräuker, im Namen der Stadt Hannover ihr Oberbürgermeister Genosse Leinert, der größere Freiheit für die Schulverwaltungen der Städte verlangte und warme Worte für die Notwendigkeit der Vermehrung der Bildungsmöglichkeiten unserer Jugend fand. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die mit stürmischem Beifall begrüßte Aufnahme des Deutsch-österreichischen Lehrerbundes in den Deutschen Lehrerverein.

Zum Thema

Staatsbürgerliche Erziehung

spricht Lehrer Möller-Frankfurt a. M. In der Diskussion wird die vom Vorredner geforderte Fortführung eines besonderen staatsbürgerlichen Unterrichts als Lehrfach aufs lebhafteste bekämpft und in der Abstimmung dann auch mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen wird eine Resolution Rüßle-Stuttgart, die eine einheitliche Gestaltung des Schulwesens als Vorbedingung für einen gedeihlichen staatsbürgerlichen Unterricht erklärt.

Außerhalb der Tagesordnung wird eine Entschließung zum Reichsschulgesetzentwurf angenommen, die gegen alle Versuche protestiert, den einheitlichen Aufbau und die innere Ausgestaltung des deutschen Schulwesens „über den Artikel 146 der Verfassung hinaus" zu verhindern. Gleichfalls angenommen wird eine Entschließung, die die schleunige Reform der Lehrerbildung fordert. Hierbei erklärte ein nichtsozialistischer Debatteredner unter stärkster Zustimmung der Versammlung, daß die deutsche Volksschule dort am besten aufgehoben sei, wo die Sozialdemokratie in der Regierung den Ausschlag gäbe.

In der Nachmittagssitzung sprach Lehrer Bernhardt-Weidebrunn in fast zweistündigen Ausführungen über „Die Kulturaufgaben des Volksstaates und die Landschule". Eine Entschließung des Hauptausschusses in diesem Sinn wird angenommen. Sie schließt mit den beachtenswerten Sätzen: So sehr die DLV. von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß alle echte Bildung fest im Heimatboden wurzelt, muß er sich doch entschieden gegen Bestrebungen erklären, die darauf abzielen, die Kinder aus ländlichen Orten einseitig für die Verhältnisse des Landes und die berufliche Tätigkeit in der Landwirtschaft zu schulen.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Kukirol
In Apotheken und besseren Drogerien erhältlich
Ärztlich empfohlen! Millionenfach bewährt!
Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirol-Fußbad!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Funktionäre! Achtung!
Freitag, 9. Juni 1922, nachm. 5 Uhr, findet i. d. Brauerei Friedrichshain eine
Gemeinsame Versammlung
aller Funktionäre aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller, soweit dieselben einer dem Metallkartell angeschlossenen Gewerkschaft angehören, statt.
Tagesordnung: Stellungnahme zum gefällten Schiedsspruch vor dem Reichsarbeitsministerium, betreff. Lohnverhandlungen für den Monat Juni.
Zutritt nur gegen Vorzeigung der Funktionärkarte und des Mitgliedsbuches.

Achtung! Funktionäre! Achtung!
Freitag, 9. Juni 1922, nachm. 5 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21
Gemeinsame Versammlung
der Funktionäre, die nicht in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigt sind.
Tagesordnung: Bericht über den gefällten Schiedsspruch vor dem Reichsarbeitsministerium, betreffend die Lohnverhandlungen für Monat Juni.
Zutritt nur gegen Vorzeigung der Funktionärkarte und des Mitgliedsbuches.
Das Metallkartell.
J. A.: Deutscher Metallarbeiterverband.

Zinn
Gold-, Silber-Bruch
Quecksilber
Blei, Kupfer, Platin usw.
kauft z. Engrospreisen
Scharnow, Lange Str. 35 am Schlesischen Bahnhof

Krause Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstraße

Pa. Strickwolle
sowie Jumper- und Jackenwolle preiswert im Wollvertrieb
Dirksenstr. 45, Hof p. r.

Die Abtreibung der Leibesfrucht
von Universitäts-Professoren A. Grotjahn und G. Radbruch
!! Wichtig für Studenten, Aerzte und Hebammen !!
Preis 4,— Mk.
Buchhandlung Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2

Gold- Silber-Bruch
Platin, Brillant. etc. allerhöchste Tagespreise!
C. Käferle, Juwelier
Frankfurter Allee 276 Nähe Ringbahnhof
Fahrgeld wird vergütet.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende
Trauringe
1 Ring, Dukatengold, von 250,— an
1 Ring, 585 gestempelt, von 200,— an
1 Ring, 333 gestempelt, von 100,— an
Garantieschein für gesetzlichen Goldgehalt.
D. R. G. M.
Ausführlicher Katalog nach auswärts geg. Rückporto.
H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo
Telephon: Norden 1030. Telephon: Steinplatz 11863.
Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

300 Mk. zahlen wir wenn nicht sofort Scholda
Flöhe (Brut), Läuse, Wanzen vernichtet Schwaben, Holzwurm, Ratten, Mäuse.
Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien.

H. & P. Uder, SO16, Engelufer 11
Zigaretten, Kau-, Rauch- und Schnupftabake
[illegible]
[illegible] Moritzpl. 3914, 13733.

Buchhdl. Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2
Sonntage eines Großstädters in der Natur
Von Kurt Grottewitz
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
br. 10 M., geb. 18 M.

10 000 Mk.
f. Vorwärtsstreb. und
Erfinder
Aufkl. Anreg. u. Verdienstm. biet. Brosch.
Ein neuer Geist.
grat. d. F. Erdmann & Co.
Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Gold Silber Platin Bruch
Zahngebisse
Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Schreibmaschin.
all. bekan. t. Syst.
deutsche und russische
auch für Export
Reise- u. Rechenmasch.
Gen.-Vertr. d. Stoewer
Schäfer & Clauss
Berlin, Leipziger Straße 19
Zentrum 1211 u. 9761

Spez.-Beh. nur für Ischias
i. Hüft., Ges. u. Bein.
Da schw. Fälle in 15 Tag. bes. hierdurch unanzüb. Heilerfahr. best. u. Ref. Invalidenstraße 106, v. 10–2. Jacoby

Metall-Bettstellen

Fürst, Neukölln, Hermannstr. 38
Ecke Kohlbow Straße
Kinderwagen
Bettfedern
Korbmöbel
Fabr. f. Kabebett., Auflegematratz. u. Feldbettstellen.
Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus.

Zähne von 15 M. Teilzahl. 5jähr. Garant. Kronen an 30 M., Zahnr. m. Einspr. schmerzl. Umarb. schlechts. Geb. [illegible]
Zahnarzt Dr. Weil, Potsdamer Str. 51, [illegible]

Geschlechtsleiden
ihre Erkennung und Heilung
ohne zu spritzen.
Kräuterkuren und ihre Wirkung.
Ohne Berufsstörung! Rasche viele Erfolge. Ausführl. Brosch. versendet portofrei gegen Einsendung von 7 M.
Dr. A. E. Rauelser, med. Verlag,
Hannover, Odeonstraße 5.